

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Fernbestellungen sind in allen Fällen Nachzahlungen erforderlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreise monatlich: ein Haus 2,50 M., halbm. 1,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Büttnerstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18600. Dresden Verlagsgesellschaft: Schriftleitung: Dresden-N. Büttnerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreise: Die neunmal getheilte Monatszeitung oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. In die Restanzeige anschließend an den dreißigtägigen Zeit einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N. Büttnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bemerkung besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang Dresden, Mittwoch den 9. Januar 1929 Nummer 7

## Ueberall Erwerbslosendemonstrationen

### Die SPD lehnt alle Arbeiterforderungen ab!

Stürmische Stadtverordnetenversammlung in Kiel / 500000 Mark für Theater, nichts für die Arbeitslosen als Polzeimüppel

Kiel, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Gestern fand eine Versammlung der Stadtverordneten statt, in der u. a. zur Behandlung kam die Bewilligung von einer halben Million für das städtische Theater. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion begründete die Ablehnung dieser Bewilligung für das Theater und forderte, daß der Betrag verwendet werde für Erwerbslose, Sozialrentner, gemäßigtere Arbeiter und kleine Handwerker und Gewerbetreibende. Er wurde in provokatorischer Weise bei Begründung des Antrages von dem reaktionären Oberbürgermeister unterbrochen. Dieser Oberbürgermeister wollte das Wort nicht erteilen. Er erteilte vielmehr gemüht worden. Auf der Tribüne befanden sich zahlreiche Arbeiter und Erwerbslose, die während der Bergänge erregte Zwischenrufe machten. Schließlich entstand ein Tumult und es hagelte Steinwürfe. Der Oberbürgermeister ließ die Tribüne mit Polizeigewalt räumen. Unter dem Gehörgang der Internatensalle gegen die Arbeiter aus dem Rathaus. Vor dem Rathaus ließ der sozialdemokratische Polizeipräsident den Gummiknüppel der Beamten setzen. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung verlangte ein kommunistischer Redner das Wort zur Geschäftsordnung. Der reaktionäre Oberbürgermeister wollte das Wort nicht erteilen. Er erteilte vielmehr unfreiem Genossen drei Ordnungsrufe und ließ ihn schließlich durch Polizei aus dem Sitzungssaal scheffeln. Nach seiner Entlassung stimmten die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Bürgerlichen für die Bewilligung der halben Million für das städtische Theater und für die Ablehnung aller Anträge zur Unterstützung der Erwerbslosen.

beschädigt wurde wie ein Stück Vieh zur Wache geschleift, obwohl er hinfie und nur an einem Stod gehen konnte. Einige sozialdemokratische Polizeibeamte waren in ihrem Vorgehen besonders brutal. Die Demonstranten riefen: „Hunger!“ und forderten durch Sprechschüre Winterbeihilfen usw.

### Textilarbeiterdemonstration in Chemnitz

Aufforderung zur Ausdehnung des Streiks  
Chemnitz, 9. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)  
Die ungeheure Empörung der Textilarbeiter über die Verbindlichkeitsklärung der sächsischen Textilhilfsprüfung veranlaßte die Streikenden vieler Betriebe, demonstrierend durch die Stadt zu ziehen und die Textilbesitzer aufzufordern, sich in die Kampffront der Streikenden einzugliedern. Der Streik dürfte bald an Ausdehnung gewinnen.  
Wie lange wollen die ostföhmischen Textilproleten ihre Kollegen in Chemnitz allein kämpfen lassen?!

### Rundgebung gegen steigende Erwerbslosennot und Sonderfürsorgegesetz!

Die am 8. 1. 29 im Reichshammer festgefundenen Erwerbslosensammlung hat auf Vorschlag des Erwerbslosenausschusses beschlossen, am Donnerstag, dem 10. Januar, um 19 Uhr eine große

Protest-Erwerbslosendemonstration durchzuführen. Die Hauptkundgebung findet um 19 Uhr auf dem Schötenplatz statt.

Stellen auf folgenden Plätzen:  
Dresden-Neustadt: Bischofsplatz, 18 Uhr; Köpcke und Cotta: Bürgergarten, 18 Uhr; Johannstadt und Striesen: Pohlandplatz, 17,45 Uhr. Die Mitglieder Erwerbslosen und Arbeiter begehen sich direkt nach dem Schötenplatz.  
Erwerbslose und Arbeiter aus den Betrieben, erscheinet mit euren Frauen in Massen zu dieser Rundgebung! Unterstützt die Forderungen der Erwerbslosen!  
Erwerbslosenausschuh Groß-Dresden.

## Um das Präsidium im Dresdner Rathaus

Die Bilanz sozialdemokratischer Vorherrlichkeit

Dresden, 9. Januar 1929.  
Am kommenden Donnerstag findet die erste Sitzung des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums im neuen Jahre statt. Eine seiner ersten Handlungen ist die Wahl des Präsidiums. Diese Wahl als Einzelhandlung im Parlament kennzeichnet gerade im gegenwärtigen Moment, in der Zeit verschärfter Zusammenstöße zwischen den Klassen, die Situation mit besonderer Deutlichkeit. Die herrschende Klasse, gestützt von allen bürgerlichen Parteien, bedient sich des Parlaments nach wie vor zur Durchführung ihrer Interessenspolitik. Es dient ihr dazu, ihre Klassenherrschaft vor den Massen zu verhehlen. Sie versucht,

die Werkstätten in der Illusion zu wiegen, daß sie durch die Abgabe eines Stimmzettels bei allgemeinen Wahlen unmittelbar an der Gestaltung ihres Schicksals beteiligt seien. Sie stellt selbstverständlich auf ihre Demokratie, sobald die Durchführung ihrer Absichten in Frage gestellt ist. Skrupellos greift die beherrschende Klasse in diesem Falle zur verheulenen und offenen Diktatur. Schon heute versucht sie, auf völlig illegalem Wege diese Diktatur zu erreichen. In Dutzenden von Zeitungsartikeln wird von den Soldschreibern der Bourgeoisie die Notwendigkeit einer „Verwaltungsreform“, wie sie sie aufstellen, betont. Die Forderung nach dem Einpruchsvorteil des Reichsfinanzministers gegen die Gemeindegeldsätze und damit praktisch die Ausschaltung der Gemeindeparsamente, das ist ihr Ziel. Die letzten Reste von Sozialpolitik sollen beseitigt werden. Bei all diesen Bestrebungen werden sie von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt. Mit der Phrase von der parlamentarischen Demokratie versucht die SPD, die Arbeiter vom außerparlamentarischen Kampf abzulenken. Diese Demokratie geht so weit, daß sie, wie im vergangenen Jahre, offen für Deutschland die Beteiligung des Präsidiums ihre Stimme abgegeben hat. In allen entscheidenden Situationen übernahm die Sozialdemokratie die Verteidigung des Bürgerturns. So machte sich Kisch, der Fraktionsführer der SPD, zum offenen Anwalt des Bürgerturns und vorlangte unter dem Beifall der gesamten bürgerlichen Meute Verstärkung der Geldherrschaft. Konnte im Jahre 1928 der Dresdner Anzeiger, das Organ des Volksparteitellers Kähler, als erstrebenswertes Ziel für das kommende Jahr die Gemeindegeldarbeit unter Zulassung aller sogenannten verantwortungsbewußten Mitglieder des Kollegiums aufstellen, so ist er in diesem Jahre bereits des Lobes voll.

daß es dem sozialdemokratischen Vorsteher gelungen sei, durch seine im Interesse des Bürgerturns gelegene Geschäftsführung eine reibungslose Abwicklung der Geschäfte durchzuführen.

Diese gegenseitige Unterstützung hat im vergangenen Jahre zur Ausschaltung der Öffentlichkeit bei der Behandlung parlamentarischer Anträge geführt. Rücksichtslos ordnete der sozialdemokratische Vorsteher anlässlich der Behandlung der Kriegsschadigtenanträge die Räumung der Tribüne an. Bei der Behandlung der Forderung der Gemeindegeldarbeiter wurde von ihm einfach die Sitzung geschlossen. Gegenüber dem Bürgerturn weitestgehendes Entgegenkommen, auf der anderen Seite härteste „Neurotiker“ gegenüber den Kommunisten. Während sich Bürgerliche in Beheldigungen gegen kommunistische Stadtverordnete ergehen konnten, ohne daß die äusersten Mittel der Geldherrschaft angewandt wurden, während Kisch, der Fraktionsführer der SPD, sich die größten Freigeleiten erlauben konnte, wurde gegen Kommunisten, besonders bei treffenden Jurufen, auf das entschiedenste eingeschritten. Kommunistischen Stadträten, die von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion in der unfähigsten Weise beschimpft, öffentlich verkleumdet wurden, verweigerte der Sozialdemokrat Döllig, trotz Genehmigung durch den Vorsitzenden des Rates,

### Polizeiaktionen in Offen

Die kommunistische Fraktion hatte im Essener Stadtparlament einen Dringlichkeitsantrag zugunsten der Erwerbslosen, Arbeitermitleiden und Notstandsarbeiter eingebracht. Durch einen Zentrumsantrag wurden sämtliche Forderungen abgelehnt. Inzwischen demonstrierten etwa 2000 Erwerbslose und versuchten, vor das Rathaus zu ziehen. Zur Verstärkung herbeigerufene Schupooffiziere bestanden die Schupo auf die Demonstration, und es entwickelten sich ungeheure Ausschreitungen der Polizei, die Blindlings auf Frauen und Kinder eintrieb. Ein Kleingewerks

## Wichtige Erwerbslosenkundgebung in Dresden

Bei der gestern vom Erwerbslosenausschuh Groß-Dresden einberufenen Versammlung in der Reichslogenhalle ordnete Gen. Siegfried Kadel über: „Steigende Erwerbslosennot“ referierte, vermittelte der große Saal des Reichsbanners die Massen der Arbeitslosen nicht zu lassen. Vor den etwa 1500 Besuchern konnte der Referent unter größter Aufmerksamkeit, oft von härmlicher Zustimmung unterbrochen die Ursachen der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit aufzeigen. In ausführlichen Darlegungen behandelte dann Gen. Kadel das Zustandekommen des neuen Ausnahmengesetzes gegen die Saisonarbeiter. Unter beifälligen Entzählungsrufen bediente er das erhebliche Doppelspiel der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im sozialpolitischen Ausschuh des Reichstages auf, und wies für jeden Anwesenden deutlich nach, wie die SPD die Hauptschuld und die Verantwortung für diese neue Anhebung der Erwerbslosen im Zuge der allgemeinen sozialen Reaktion trägt. Die Erwerbslosen und die noch im Betrieb lebenden Arbeiter, die sich von den Wählergesprächen der SPD heiden riefen, müssen jetzt erkennen, daß die Koalitionspolitik der SPD die Arbeiter nur in noch tieferes Elend führt. Die kommunistische Partei ruft die Arbeiter auf, den Kampf gegen die soziale, politische und kulturelle Reaktion auf der Grundlage des gemeinsamen außerparlamentarischen Kampfes zu führen.  
In der Diskussion verließen zunächst der bekannte Wirtschaftswissenschaftler und Karl Meixner politische Geschäfte zu machen und die Versammlung auseinanderzureden. Ein Nationalsozialist mußte, von dem Protest der Versammlung gezwungen, abtreten. Nach einigen anderen Diskussionsrednern, die sich für die vom Erwerbslosenausschuh für morgen abend nach dem Schötenplatz vorgeschlagene Demonstration versammelten, einleiteten, konnte Gen. Siegfried Kadel sein mit großem Beifall aufgenommenes Schlusswort halten.

Die Versammlung beschloß darauf, an die städtischen Körperschaften folgenden Antrag zu richten:  
„Die am 8. 1. im Reichsbanner versammelten Erwerbslosen Dresdens fordern von den städtischen Körperschaften:  
1. Annahme des von der KPD-Stadtverordnetenfraktion gestellten Antrages betreffend  
a) bei der Reichsregierung Protest gegen die Sonderfürsorge zu erheben,  
b) Zahlung des Differenzbetrages zwischen Sonderfürsorge und Erwerbslosenunterstützung durch die Stadt.  
2. Auszahlung der Winterbeihilfe an alle Erwerbslosen, welche im Jahre 1928 insgesamt länger als 24 Wochen ar-

beitslos waren und am 1. Dezember 1928 noch erwerbslos gewesen sind.“  
Nachdem die Versammlung sich für eine Demonstration am Donnerstag abend einstimmig entschieden hatte, einem Aufruf zur Massenbeteiligung an die Dresdner Arbeiterschaft zustimmte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

**Entscheidung**  
Die am 8. Januar 1929 im Reichsbanner Dresden versammelten Erwerbslosen nehmen zu der immer mehr ansteigenden Erwerbslosennot Stellung und protestieren aufs schärfste gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Durch das Sonderfürsorgegesetz wird die Hälfte der Erwerbslosen um ihre Unterstützung betrogen.  
Die sozialdemokratische Partei und die reformistischen Gewerkschaftsführer sind Befürworter des Erwerbslosenversicherungsgesetzes und der Sonderfürsorge. Sie tragen die volle Verantwortung für die Entziehung der Erwerbslosen.  
Nur die kommunistische Partei hat den Kampf parlamentarisch und außerparlamentarisch gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz und das Sonderfürsorgegesetz geführt. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen Mitteln, gemeinsam mit der kommunistischen Partei gegen diese Schandgesetze zu kämpfen. Sie fordern die Arbeiterschaft im Produktionsprozeß auf, diesen Kampf der KPD und der Erwerbslosen tatkräftig zu unterstützen, denn die heute noch Arbeitenden sind die Erwerbslosen von morgen.  
Die Versammelten erkennen, daß das Erwerbslosenproblem nur von der gesamten revolutionären Arbeiterschaft durch den Sieg über den Kapitalismus gelöst werden kann.  
Hinweg mit der Sonderfürsorge und dem Erwerbslosenversicherungsgesetz!  
Kampf für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit!  
Hinweg mit der Rarengeld!  
Fort mit der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionregierung!  
Es lebe der Kampfgeist der Arbeiterschaft im Betrieb und auf der Straße!  
Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!

D  
Garten  
Quelle  
PSWAGEN  
ch  
gorbitz  
natorci  
er Str. 111  
Café  
C-Orbitz  
waren  
er  
al  
waren  
UNZ  
waren  
USCH  
Damen  
rand  
3  
erei  
110  
erei  
11  
iderei  
11  
125  
199  
122  
11  
11  
11